

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 27.

Charlottenburg, Freitag, den 7. Juli 1922.

49. Jahrg.

Des Buchdruckerstreiks wegen erscheint diese Nummer später. Auch das rechtzeitige Erscheinen der nächsten Nummern ist in Frage gestellt.

51ter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

I.

In den Tagen vom 19. bis einschließlich 24. Juni tagte in dem zu diesem Zwecke besonders festlich geschmückten Saale des Zoologischen Gartens in Leipzig das Parlament der freien Gewerkschaften. Die Tagung fiel zeitlich zusammen mit dem 50jährigen Jubiläum der Gründung der deutschen Gewerkschaften, an deren Spitze damals York stand. Es waren 690 Delegierte, die 7574 825 Mitglieder vertraten, erschienen. Unser Verband war vertreten durch die Genossen Wollmann und Karl vom Vorstand und die durch Urwahl gewählten Genossen Apel-Plmenau, Griesbach-Dresden, Kirche-Magdeburg und Netsch-Selb.

Vom Bundesvorstand waren anwesend die Mitglieder und Angestellten: Th. Leipart, P. Grafmann, S. Kube, P. Umbreit, A. Knoll, R. Wiffell, E. Badert, D. Brunner, R. Bruns, A. Janschel, G. Sabath, J. Sassenbach, Gg. Schmidt, S. Silberschmidt, F. Brölat, Fr. Hanna, G. Heinke, S. Müller, St. Körpel, A. Quist, E. Schulze, F. Spliedt, Dr. Striemer, A. Weller.

Als Gäste waren anwesend: R. B. Walker-London, Trade Union Congress, General Council; Ben Lillet-London, Trade Union Congress, General Council; Edoard Johansen-Stockholm, Landeszentrale d. schwed. Gewerksch.; Per Bergman-Stockholm, Landeszentrale d. schwed. Gewerksch.; De Blaemynt-Brüssel, Commission Syndicale de Belgique; F. v. d. Walle-Amsterdam, Niderländisch Verbond von Walvereenigingen; Carl Dürr-Bern, Schweizerischer Gewerkschaftsbund; Anton Hueber-Wien, Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs; S. Szalai-Budapest, Ungarländischer Gewerkschaftsrat; Zulawski-Warschau, Zwiazel Stowarzyszen Zawodowych w Polsce; Alphonse Schintgen-Luxemburg, Gewerkschaftskommission Luxemburgs; De Noode-Genf, Internationales Arbeitsamt; A. Baumeister-Genf, Internationales Arbeitsamt; W. Jansson, Sozialattaché der schwedischen Gesandtschaft; Carl Bonnevie, Sozialpolitischer Rat der Norwegischen Gesandtschaft; Robert Schmidt, Reichswirtschaftsminister; Dr. Brauns, Reichsarbeitsminister; Dr. Geib, Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums; W. Siering, Preussischer Minister für Handel und Gewerbe; Geheimrat Abicht, Preussisches Ministerium für Handel und Gewerbe; Dr. Frielinghaus, Preussisches Ministerium für Handel und Gewerbe; Bergassessor a. D. Koska, Preussisches Ministerium für Handel und Gewerbe; Ristau, Sächsischer Arbeitsminister; Fellsch, Sächsischer Wirtschaftsminister; Stadtrat Dieke, Rat der Stadt Leipzig; Universitätsprofessor Geheimer Regierungsrat Dr. Hertner-Berlin, Vorsitzender der Gesellschaft für soziale Reform; Professor Dr. Heyde-Berlin, Generalsekretär der Gesellschaft für soziale Reform; ein Vertreter der Sozialen Praxis, Berlin; Paul Hoffmann-Hamburg, Zentralverband Deutscher Konsumvereine; W. Kadlof-Hamburg, Volksfürsorge, und sechs Vertreter des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Die Tagesordnung setzte sich wie folgt zusammen: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten; 2. Bericht des Bundesvorstandes; 3. Betriebsräte und Gewerkschaften (Referent: E. Körpel); 4. Organisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung (Referent: Fr. Larnow, Korreferent: Dismann); 5. Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte (Referent: R. Wiffell, Korreferent: Simon); 6. Das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland (Referent: Prof. Tzschimmer); 7. Aenderung der Bundesfassungen; 8. Wahl des Bundesvorstandes und 9. Erledigung konstituierender Anträge.

In der Begrüßungsansprache gedachte Genosse Leipart der seit dem Nürnberger Kongress verstorbenen Gewerkschaftsführer und verwies dabei besonders auf den vor 1½ Jahren dahingegangenen ehemaligen Vorsitzenden des ADGB, Karl Degler. Es folgten Begrüßungsansprachen des Genossen Schilling als Vertreter der Leipziger Arbeiterschaft, des Stadtrats Genossen Dieke, als Vertreter der Stadt Leipzig, des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, des Reichswirtschaftsministers Genossen Robert Schmidt, des sächsischen Arbeitsministers Genossen Ristau, des preussischen Handelsministers Genossen Siering, des Vertreters des Internationalen Gewerkschaftsbundes Genossen Timmen und der aus anderen Ländern erschienenen Delegationen. Die Grüße des Afabundes überbrachte Genosse Aufhäuser. Er würdige dabei die am Tage vorher erfolgte Gründung der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisation der Beamten als bedeutendes, erfolgversprechendes Ereignis. Nach vieler Mühe ist es gelungen, den bereits vorhandenen zwei Säulen der modernen Arbeitnehmerbewegung, dem ADGB und dem Afabund, nun auch die dritte, den Beamtenbund, hinzuzufügen.

Als Vorsitzende für den Kongress wurden die Genossen Leipart, Reichel und Paepow gewählt. Die Schriftführer wurden auf Vorschlag von den größeren Verbänden gestellt.

Den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht des Bundesvorstandes ergänzte Leipart. Wir müssen leider darauf verzichten, auf Einzelheiten einzugehen, weil dazu der Raum der „Ameise“ bei weitem nicht genügen würde, und beschränken uns deshalb in der Hauptsache darauf, die wichtigsten Beschlüsse des Kongresses zu veröffentlichen. Vorausschicken wollen wir noch, daß die Anträge, dem Bundesvorstand ein Mißtrauensvotum auszustellen, abgelehnt wurden und die Mehrheit des Kongresses ihre Zustimmung zu der Tätigkeit des Bundesvorstandes in der Berichtszeit bekräftigte. Auch die Anträge auf Aenderung der Schreibweise der Betriebsrätezeitung und auf Absetzung des Redakteurs Genossen Dr. Striemer wurden abgelehnt.

Mit einer erläuternden Erklärung des Genossen Leipart wurde folgende Entschliebung angenommen:

„Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongress macht sich die von den Vorständen des ADGB und der Afa im November 1921 aufgestellten zehn Forderungen zu eigen. Indem der Kongress mit Entrüstung konstatiert, daß diese Forderungen bei dem zwischen den Koalitionsparteien unter Einschluß der Deutschen Volkspartei abgeschlossenen Steuerkompromiß keinerlei Berücksichtigung gefunden haben, betont er, daß die aufgestellten zehn Punkte ein realisierbares und keineswegs nur theoretisches Programm darstellen. Eine grundlegende Steuerreform bildet aber die Voraussetzung dafür, daß die Lage der arbeitenden Klasse endlich zu einer erträglicheren gestaltet werden kann.

Der Kongress beschließt daher, den Bundesvorstand zu beauftragen, die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise unter Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfmittel dafür einzusetzen, daß die von ihm selbst aufgestellten Forderungen, insbesondere die Erfassung der Sachwerte, praktisch durchgeführt werden.

Zur Jugend- und Lehrlingsfrage.

„Die zweite Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit empfiehlt dem Kongress die Annahme nachstehender Entschliebung und die an den Kongress gerichteten Anträge Nr. 204 bis 207 dadurch für erledigt zu erklären.

1. Die Jugendkonferenz richtet an den Gewerkschaftskongress das bringende Ersuchen, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß der bei den zuständigen Reichsministerien ausgearbeitete Gesetzentwurf, betreffend die Neuregelung des Lehrlingswesens und die berufliche Ausbildung der Jugendlichen, baldigst veröffentlicht und verabschiedet wird. Eine weitere Hinauszögerung dieser gesetzgeberischen Arbeiten würde den bestehenden berechtigten Unmut bei den Beteiligten noch weiter steigern.

2. Der Gewerkschaftskongress möge allen Gewerkschaften zur Pflicht machen, sich der Jugendfrage künftighin noch mehr als bisher anzunehmen; im besonderen ist der gesetzgeberischen Seite des Jugend- und Lehrlingswesens erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

3. Die Jugendkonferenz erachtet es für notwendig, daß die Gewerkschaften mit allen Mitteln dafür sorgen, die wirtschaftliche Lage der Jugendlichen einschließlich der Lehrlinge zeitgemäß zu heben.

Die Entschädigung der Lehrlinge ist dem Arbeitswert ihrer Leistungen anzupassen; diese Regelung ist in das Tarifvertragsverhältnis mit einzubeziehen. Der Gewerkschaftskongress möge den Gewerkschaften zur Pflicht machen, schon jetzt bei allen Lohnbewegungen darauf hinzuwirken, daß die Einbeziehung der Lehrlinge in das Tarifvertragsverhältnis erfolgt.

4. Der Gewerkschaftskongress sieht in dem von der Jugendkonferenz aufgestellten Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit geeignete Richtlinien für die gesetzgeberische und praktische Arbeit.

Zur Durchführung der daraus sich ergebenden örtlichen Aufgaben sind von den Gewerkschaften örtliche Jugendkommissionen und von den Ortsausschüssen des ADGB Jugendkartelle zu bilden."

Entschließung betr. Internationaler Friedenskongress.

"Der 11. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands begrüßt mit begeistertester Zustimmung die vom Internationalen Gewerkschaftsbund durch die Beschlüsse von Rom eingeleitete internationale Bekämpfung des Militarismus und des Krieges.

Die Friedensschlüsse von Versailles, St. Germain, Sebres, Riga usw. haben die Gefahr neuer Kriege eher verstärkt als beseitigt. Auch die Genoa-Konferenz hat die erwartete Entspannung der Lage und die Abrüstung der Militarstaaten nicht gebracht. Der Militarismus ist vielmehr stärker denn je geworden und bedroht nicht nur ständig den Frieden der Völker, sondern hindert auch die Wiederherstellung der zerrütteten Wirtschaft der am Weltkrieg beteiligt gewesenen Länder. Der Völkerbund wird zur Unmöglichkeit, solange nicht alle Regierungen auf den Antrag ihrer Streitigkeiten durch Waffengewalt verzichten.

Der Kongress erachtet es als notwendig, daß die Arbeiter aller Länder ihren Widerstand gegen den Krieg bekunden und in Einmütigkeit entschlossen den Kampf gegen die Friedensstörer aufnehmen.

Dem Vorschlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in Amsterdam im Dezember dieses Jahres einen Internationalen Weltfriedenskongress zu veranstalten, stimmt der Kongress zu und fordert die Gewerkschaften auf, sich an dieser internationalen Friedenskundgebung zu beteiligen. Der Bundesvorstand."

Entschließung zur Frage der Brotversorgung.

"Der Kongress nimmt Kenntnis von dem kritischen Stand der parlamentarischen Behandlung des Gesetzesentwurfes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide.

Angesichts der Gefahr, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstags dem Drängen nach unbedingter freier Wirtschaft folgt, unterstützt der Kongress in letzter Stunde nochmals eindringlich alle Forderungen des Vorstands des ADGB, die in der Frage der Brotversorgung dem Reichstag, der Reichsregierung und den Regierungen der Länder rechtzeitig unterbreitet wurden.

Der Kongress fordert, daß der Reichstag dem Gesetz eine Fassung gibt, durch die die Brotversorgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung in ausreichendem Maße zu erschwinglichen Preisen bei Deckung der Produktionskosten, aber unter völligem Ausschluß von Konjunktur- und Valutagewinnen sichergestellt wird.

Indem der Kongress nochmals auf die Folgen der von gewissen Kreisen der Landwirte geforderten freien Wirtschaft in der Brotversorgung hinweist, erklärt er, daß er für die mit Sicherheit eintretenden katastrophalen Zustände jede Verantwortung ablehnt."

Entschließung gegen die Steuererhöhung.

"Der Kongress nimmt mit Genugtuung Kenntnis von den unausgesetzten Bemühungen des Bundesvorstandes zur Bekämpfung des Lebensmittelpreises und der sonstigen über jedes berechnete Maß hinausgehenden Preistreiberien. Er bedauert lebhaft und spricht seine Enttäuschung darüber aus, daß diese Bemühungen durch Ablehnung der Vorschläge der Gewerkschaften in den meisten Fällen ohne Erfolg geblieben sind.

Die sprunghaft fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung zwingt die Gewerkschaften, in immer kürzeren Zwischenräumen Lohn-erhöhungen zu fordern, die zumeist in hietem Kampfe mit den Unternehmern und gegen den Widerstand der Kreise durchgesetzt werden müssen, die durch ihre maßlose Gewinnjagd die heutigen Zustände verschulden. Die Auswucherung der breiten Massen des Volkes nimmt täglich bedrohlichere Formen an. Die Folge ist eine ständig zunehmende Verelendung. Die stattgefundenen Lohn- und Gehalts-erhöhungen haben mit der Verteuerung der Lebenshaltung längst nicht gleichen Schritt gehalten. Die Spanne zwischen Arbeitseinkommen und notwendigen Lebenshaltungskosten ist immer größer geworden. Zur Zeit bedt das Durchschnittseinkommen höchstens nur noch die Hälfte des notwendigen. In Folge dessen sind die Verhältnisse von 1914. Es ist eine für die Volksgesundheit geradezu bedrohliche Senkung der Lebenshaltung eingetreten, die unweigerlich auch zu einer allgemeinen Verabwärtigung der produktiven Lebensfähigkeit führen muß.

Wenn die gesamte Arbeiterschaft nicht unter der doppelten Last der Steuererhöhung und der ungeheuren Bürde an Steuern und Zöllen zugrunde zu gehen beginnt, oder aber die Gefahr der Selbsthilfe in bedrohlicher Weise heraufbeschworen werden soll, dann ist es dringend geboten, daß die Reichsregierung endlich wirksamere Maßnahmen gegen die Steuererhöhung und ihre Urheber ergreift."

Entschließung zur Wohnungsfrage.

Der 11. Kongress des ADGB begrüßt und billigt es, daß der Bundesvorstand nachdrücklich Einfluß genommen hat auf die Lösung der Wohnungsfrage und auf eine gemeinwirtschaftliche Regelung der

Baustoffherzeugung und Baustoffbeschaffung. Er begrüßt und billigt es fernerhin, daß einzelne Gewerkschaften aus eigenem Antrieb heraus Einfluß auf eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Produktion genommen und die Errichtung gemeinwirtschaftlich tätiger Betriebe gefördert haben.

Der 11. Kongress des ADGB beauftragt den Bundesvorstand:

1. die von ihm eingeleitete gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens und der Baustoffe weiter zu betreiben und die Reichsregierung sowie die Parlamente der Länder und Gemeinden darauf hinzuweisen, daß die Gewerkschaften den Kampf gegen Wohnungsnot und Wohnungswucher auf breiterer Grundlage aufnehmen müssen, wenn nicht wirklich durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der ständig wachsenden Mißstände ergriffen werden;

2. die wirtschaftliche und finanzielle Macht der organisierten Arbeiterschaft in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen und im Bundesbureau eine Zentralkstelle zu schaffen, deren Aufgabe es sein soll, die Ueberführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft planmäßig zu fördern und alle Bestrebungen innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung, die auf dieses Ziel eingestellt sind, zusammenzufassen."

Zur Steuerfrage.

"Der Bundesvorstand wird beauftragt, umgehend bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und zu verlangen:

1. Eine Erhöhung der Werbungskosten beim Steuerabzug.
2. Eine Herabsetzung des zehnprozentigen Einkommenssatzes von 50 000 auf 100 000 Mark.
3. Eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens."

Ferner wurde zu diesem Punkt der Tagesordnung noch eine Entschließung, betr. Freilassung der der Arbeiterklasse angehörenden politischen Gefangenen in Deutschland, angenommen. Anschließend daran wurde gegen die Stimmen der Kommunisten folgende

Entschließung, betr. Prozeß gegen russische Sozialrevolutionäre, angenommen:

"Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongress als Vertreter von zirka 8 Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern Deutschlands erhebt klammenden Protest gegen die in Moskau betriebene Sowjetjustiz gegen die Sozialrevolutionäre. Der Kongress erwartet, daß die Sowjetregierung sofort eingreift, um dem in Berlin gegebenen Versprechen Erfüllung zu verschaffen.

Der Kongress erwartet weiter, daß seitens der Sowjetregierung alles unternommen wird, um den Verteidigern ihre Aufgaben, die Empfindungen und Rechtsauffassungen des internationalen Proletariats vorzutragen, ermöglicht und gesichert werden.

Weiter appellieren wir an das gesamte russische Proletariat, mit allen Mitteln dafür zu wirken, daß für unsere angeklagten Arbeitsgenossen in Rußland volle Freisprechung erfolgt."

Nach einem Referat des Genossen Körpel und daran anschließender Diskussion über

Betriebsräte und Gewerkschaften

wurden folgende Entschließungen angenommen:

I. "Die Gewerkschaften sind stets für die Ausgestaltung des Arbeitsrechts und die Mitbestimmung in der Wirtschaftsführung eingetreten. Die Vertretung dieser Forderungen war und ist allerdings abhängig von dem Stärkeverhältnis der gewerkschaftlichen Organisationen. Ihre Verwirklichung bleibt auch weiterhin eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften.

Durch das inzwischen eingeführte Betriebsrätegesetz, das Bilanzgesetz und das Aufsichtsratsgesetz sind jetzt den Arbeitnehmern freigelegte Vertretungen zugestanden worden, die gesetzliche Befugnisse innerhalb der Betriebe ausüben können. Die Alleinherrschaft der Unternehmer in ihren Betrieben ist damit im Prinzip durchbrochen.

Die Betriebsräte müssen nunmehr die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer im Betriebe wahrnehmen, deren Sicherung und Ausbau den Gewerkschaften obliegt.

Die Betriebsräte müssen die tariflichen Abmachungen in den Betrieben überwachen, deren Abschluß und Verwirklichung Aufgabe der Gewerkschaften ist.

Die Gewerkschaften als Grundlage der Arbeiterbewegung überhaupt zählen zu ihren Organen auch die gewählten Betriebsräte mit ihren gesetzlichen Aufgaben.

Die Betriebsräte können daher nicht als solche die Forderungen und Ziele der Arbeitnehmer zur Durchführung bringen. Hierdurch ist die Stellung der Betriebsräte innerhalb der Arbeiterbewegung gegeben. In den Gewerkschaften ist der Einfluß der Betriebsräte in dem Maße gesichert, in welchem sich die Betriebsräte als Gewerkschaftsaktionäre betätigen.

Die gesetzliche Regelung der Rechte der Arbeitnehmer ist unvollkommen und garantiert allein nicht die Durchführung unserer Forderungen. Die Gewerkschaften erstreben den Ausbau des Rechtes der Arbeit durch Tarifverträge und Gesetze. In dem Maße, wie dies gelingt, wird sich auch das Aufgabengebiet der Betriebsräte erweitern.

Die bisherige Erweiterung des gesetzlichen Aufgabengebietes der Arbeitnehmer hat den Gewerkschaften die unmittelbare Pflicht auferlegt, für ihre Mitglieder die errungenen Rechte reiflos auszunutzen. Das gesamte Arbeitsrecht, die Wirtschaftsführung, das Hausrecht werden auf Arbeitgebenseite von Spezialisten bearbeitet. Die Tätigkeit der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte erstreckt sich jedoch auf alle diese Gebiete. Sie zu beherrschen, erfordert große Willenskraft, umfassende Erfahrungen und gründliches Wissen.

Die Gewerkschaften schaffen diese Grundlage durch ihre Presse, durch Versammlungen, durch Aufklärungsschriften, durch Kurse und durch Entsendung von Mitgliedern in Lehraufstellungen zur Auszubildung

in allen Fragen des Arbeitsrechtes und der Wirtschaftsführung. Ebenso werden von den Gewerkschaften alle Streitfragen der Betriebsrätegesetzgebung fachkundig bearbeitet. Alle diese Maßnahmen sind noch ausbaufähig.

Gestützt auf diese Maßnahmen und Einrichtungen der Gewerkschaften, müssen die Betriebsräte selbst an ihrer Ausbildung mit eiserner Energie arbeiten. Sie müssen ihre Belegschaften aufklären und als Gewerkschaftsfunktionäre dafür eintreten, daß alle Arbeitnehmer ihre Klassenlage erkennen und Mitglieder der Gewerkschaften werden. Nur durch kampfkraftige Gewerkschaften können die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer restlos durchgeführt und erhalten sowie erweitert werden.

Der 11. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands fordert daher alle Betriebsräte auf, mit aller Kraft als gesetzliche und gewerkschaftliche Vertrauensleute der Arbeiter für die Durchführung der Forderungen und Ziele der Gewerkschaften einzutreten."

II. „Das Betriebsrätegesetz kann als eine wichtige Waffe in der Vertretung der Arbeiterrechte wirken, wenn nur verstanden wird, das Gesetz richtig anzuwenden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß geistige Strebhaftigkeit, gewerkschaftliche Tüchtigkeit und längere Erfahrung zur richtigen Anwendung des Gesetzes notwendig sind. Nur die Betriebsräte konnten ihre Aufgabe voll erfüllen, die im engsten Zusammenhange mit den Gewerkschaften an die Lösung ihrer Aufgaben herangetreten sind. Obwohl es sich bei den Wahlen zu den Betriebsräten um wirtschaftliche Angelegenheiten handelt und das Gesetz den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit gibt, in den Betrieben ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Durchführung gewerkschaftlich geregelter Arbeitsverhältnisse auszuüben, ist sehr oft bei den Neuwahlen die Aufstellung der Kandidaten nach parteipolitischen Grundsätzen erfolgt. Dadurch entstanden Streitigkeiten unter den Gewerkschaftsmitgliedern, die für die gesamte Gewerkschaftsbewegung schädigend wirken mußten. Die nach parteipolitischen Grundsätzen gewählten Betriebsräte konnten ihre Aufgaben nicht voll erfüllen, weil der enge Zusammenhang mit den Gewerkschaften fehlte. Um diese Uebelstände zu beseitigen und die Neuwahlen zu den Betriebsräten einheitlich zu gestalten, beschließt der Gewerkschaftskongress:

1. Die Gewerkschaften haben die Wahlen zu den Betriebsräten planmäßig vorzubereiten. Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften, wobei die verschiedenen Berufsgruppen der im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer bei der Zusammenfassung des Betriebsrates nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Sind in dem Betriebe mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen.

2. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB angehören oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebhaftigkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden.

3. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen der Afa anzustreben. Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden.

4. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf eine Gegenliste aufstellen lassen."

III. „Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, dahin zu wirken, daß

1. das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben auf alle Betriebsangelegenheiten ausgedehnt wird;

2. insbesondere den Betriebsvertretungen weitgehende Kontrollrechte eingeräumt;

3. den Betriebsvertretungen auf Antrag über alle Betriebsvorgänge Auskunft zu erteilen ist und alle erforderlichen Unterlagen zugänglich gemacht;

4. alle arbeitsrechtlichen Sondergesetze und Verordnungen für die Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe beseitigt.

5. die Kosten für die volkswirtschaftliche, betriebs- und verwaltungstechnische, sowie kaufmännische Schulung und Ausbildung der Betriebsvertretungsmitglieder auf die Reichskasse übernommen werden."

IV. „Der 11. Kongress erklärt, daß die Betriebsräte, sowohl nach Sinn und Wortlaut des Betriebsrätegesetzes als auch nach Lage der Verhältnisse, ihre Aufgaben nur im engen Einvernehmen mit den zuständigen Organisationen lösen können. Insbesondere steht den Betriebsräten nicht das Recht zu, selbständig Lohnverabredungen usw. mit den Unternehmern zu treffen, da solche weder als Kollektiv- noch als Individualvertrag gewertet werden können. Derartige Vereinbarungen werden von den Verbänden des ADGB grundsätzlich als solche nicht anerkannt."

Beschluß des Gewerkschaftskongresses

betreffend die Ermordung des Ministers Rathenau.

Der 11. Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands nahm auf Vorschlag Leiparts einstimmig folgende Resolution an: „Der Kongress hat mit tiefstem Abscheu die Gewißheit erfahren, daß der Reichsminister des Äußeren, Dr. Walter Rathenau, das Opfer eines elenden Mordmordes geworden ist. Der Kongress erklärt in diesem Attentat einen neuen planmäßigen Angriff auf den Bestand der Republik, der der Verfassungskraft seine Kräfte bis zur letzten Stunde gewidmet hat.

Der Kongress spricht nicht nur seine Entrüstung über diese Gewalttat aus, sondern fordert von der Reichsregierung nunmehr wirklich durchgreifende Maßnahmen gegen die mit solchen verbrecherischen Mitteln arbeitenden Feinde der Republik.

Weil aber der Kampf der Monarchisten und Reaktionäre zugleich ein Kampf gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse und gegen die gesamte Arbeiterbewegung ist, ruft der Kongress die gesamte Arbeiterschaft auf, von ihrer Selbstzerfleischung im politischen Meinungsstreit abzulassen und einmütig alle Kräfte zur Niederwerfung der Reaktion zusammenzufassen. Der Kongress empfiehlt der gesamten Arbeitnehmerschaft, diesen ihren einmütigen Willen zu bekunden durch eine gemeinsame Arbeitseinstellung am kommenden Dienstag nachmittag und Veranstaltung öffentlicher Kundgebungen.

Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, gemeinsam mit den drei sozialistischen Parteien wirksame Maßnahmen vorzubereiten, deren Ziel sein muß, die Sicherheit der Republik und der Rechte der Arbeiterschaft gegen jeden reaktionären Angriff durch Säuberung der Regierungsstellen und öffentlichen Ämter einschließlich der Regierungsstellen von allen Elementen, die sich nicht rückhaltlos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen.

Der Kongress erwartet von allen Mitgliedern der Gewerkschaften den entschlossensten Willen, auch mit ihrem Leben für die Verteidigung der Grundrechte des Volkes und für die Republik einzustehen."

Zur Sozialisierungsfrage.

Noch immer wird von einem Teil der Arbeiterschaft und — wie die Anträge verschiedener Zahlstellen zur Generalversammlung beweisen — auch von unseren Kollegen die Sozialisierungsfrage so behandelt, als läßen es die Beteiligten nur am guten Willen fehlen. Ganz schweigen will ich von der Stellung der Unternehmer zu dieser Frage und vorausschicken, daß auch ich vor nicht langer Zeit an die Möglichkeit, wenigstens einen Teil der lebenswichtigsten Betriebe zu sozialisieren, geglaubt habe. Doch bei weiterem Eindringen in diese Materie muß auch der Unbefangene der Auffassung Raum geben, daß es zum mindesten verfrüht wäre, in der nächsten Zukunft an die Verwirklichung heranzutreten. Man kann über die Sozialisierung nicht sprechen, ohne im gleichen Augenblick die Betriebsrätebewegung zu würdigen. Gewiß muß man zugeben, daß heute die Betriebs- und Arbeiterräte zum namhafteren Teil ihre Wahl objektiveren Gesichtspunkten verdanken, als noch vor zwei Jahren. Und es sind gerade die Kollegen, welche ihre Aufgabe im Betriebsrat nicht nur als eine lohnregulierende betrachten, und die trotzdem die vitalsten Interessen ihrer Mitarbeiter wahren, welche mehr und mehr zu der Erkenntnis kommen, daß es falsch ist, eine Frage weiter zu treiben, von der sie der Ueberzeugung sind, daß unsere gegenwärtige Volkswirtschaft ein Experimentieren damit nicht vertragen kann. In dem Augenblicke, da unsere Verhältnisse auch minder gut und rationell geleiteten Betrieben gestatten, einen bedeutenden Uberschuß zu erzielen, sieht es ja so aus, als ob der Schaden nicht groß sein könnte, wenn durch falsche Eingriffe mal ein Fehlschlag hervorgerufen würde. Doch abgesehen davon, daß wir die Ergebnisse unserer Produktion bitter nötig haben, wären wir bei einer Verschärfung des Konkurrenzkampfes unseren Gegnern rettungslos ausgeliefert, wenn nicht Männer unsere Wirtschaft führen, die bei aller vorausschauenden Vorsorge auch in der Lage sind, jederzeit das kleinste Mädchen, welches leer läuft, zu finden und in Gang zu bringen. Wir stoßen schon hier auf eine Frage, welche nach meiner Auffassung von vielen wegwerfend behandelt oder zum mindesten unterschätzt wird. Können wir überragende Persönlichkeiten entbehren, oder sind wir in der Lage, aus den Kreisen der Arbeiterschaft gleichwertige Köpfe zu finden? Gewiß haben wir Leute zur Verfügung, es fragt sich nur, würden diese auch im entferntesten in der Zahl zu haben sein, wie wir sie brauchen? Es liegt mir fern, der Auffassung der Verfechter des Kapitals beizutreten, welche lautet, daß nur in der ungebundenen Wirtschaft, infolge der in Geld auszudrückenden Anerkennung ihrer Tätigkeit, fähige Köpfe sich entwickeln können. Aber es muß unsererseits ohne weiteres zugestanden werden, daß wir, um unsere heutigen Betriebsleiter und Wirtschaftsführer zu ersetzen, noch viel zu lernen haben. Ja noch mehr als das! Eine vollständige moralische Umstellung nach der Richtung muß erfolgen, daß der aus den arbeitenden Schichten hervorgegangene Führer von jung auf schon so erzogen sein muß, daß er es als selbstverständlich betrachtet, seine Kenntnisse und Fähigkeiten in den Dienst der Allgemeinheit zu

stellen. Daß dies heute nur teilweise der Fall ist, läßt sich wohl nicht gut bestreiten. Oft haben wir die Erfahrung gemacht, daß Kollegen, die früher die Interessen ihrer Mitarbeiter wahrzunehmen hatten, wenn der Unternehmer die Ueberzeugung gewann, sie im Betriebe nutzbringend verwenden zu können, sehr schnell der weiter oben geäußerten Sucht, ihr Wissen und Können so teuer als möglich zu verkaufen, verfielen und sich den manchesterlichen Standpunkt der Unternehmer zu eigen machten. Auch ein Teil unserer im Betriebsrat sitzenden Kollegen handelt nicht immer einwandfrei. Erst in zweiter Linie kommt für sie die Allgemeinheit in Frage, näher liegen ihnen bestimmt die Angelegenheiten ihrer engeren Sparten. Das ist auch nur zu begreiflich. Die Verhältnisse, unter denen wir gegenwärtig zu leiden haben, erfordern schon ein besonderes Maß von Objektivität von allen, die das Allgemeininteresse nicht aus den Augen verlieren wollen. Wie schwer wird es einem solchen Arbeiter, seine Ideen zur Tat werden zu lassen. Daß der Unternehmer, wenn er nicht ein ganz vorurteilsloser Mensch ist, ihm alles mögliche in den Weg zu legen sucht, ist noch zu verstehen. Letzterer glaubt in den meisten Fällen, es seiner Autorität schuldig zu sein, gar nicht erst in eine Prüfung der von einem Arbeiter angezogenen Frage eintreten zu sollen. Wie verhalten sich aber auf der anderen Seite die Kollegen? Wenn der Betreffende nicht in der Lage ist, ihnen auf Heller und Pfennig den sofortigen Erfolg vorzudemonstrieren, werden sie bestenfalls seine Arbeit mit einem Achselzucken abtun. In den weitaus meisten Fällen aber ist er genötigt, sich seiner Haut gegen viel schwerere Vorwürfe zu erwehren. Kommen wir aber in die Lage, zu sozialisieren oder wenigstens einen stärkeren Einfluß im Betriebe zu gewinnen, so wird oft der Zwang gebieterisch von uns Dinge fordern, die wir bisher gewöhnt waren, als unseren Interessen widersprechend zu verwerfen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die uns auch dann noch umgebende freie Wirtschaft alles daransehen würde, den Mißerfolg an unsere Fersen zu heften. Nun werden viele Kollegen sagen, wenn wir soweit vorgeschritten sind, gibt es doch keine freie Wirtschaft mehr. Alle, die so denken, gehen von grundsätzlichen Auffassungen aus, indem sie meinen, über Nacht die Gemeinwirtschaft für alle Betriebe einführen zu können. Die Geschichte zeigt uns immer und immer wieder, daß wohl die politischen Verhältnisse eine plötzliche Umgestaltung erfahren können, aber niemand wird in der Lage sein, dasselbe von den ökonomischen zu beweisen. Denken wir zurück, wieviele Jahrhunderte der Kapitalismus gebraucht hat, um seine heutige Geltung zu erreichen. Und diese Entwicklung ist aber noch lange nicht abgeschlossen. Von unseren Vorkämpfern konnten wir hören, wie wenig vorausschauende Köpfe trotz aller prinzipiellen Gegnerschaft wider den Kapitalismus den Vorteil begrüßten, daß die fortschreitende Technik gestattete, den primitiven Kleinbetrieb durch den kapitalistisch geleiteten Großbetrieb zu ersetzen. Gaben wir nicht aus der Geschichte der Arbeiterbewegung gelernt, wie diese Zusammenballung der Massen einem guten Teil des Proletariats die Möglichkeit verschaffte und in ihm die Erkenntnis reifen ließ, daß nur im Zusammenschluß seine Kraft erstarken könne? Wenn wir uns dies alles immer vor Augen halten, so müßte auch dem Kleingläubigsten unter uns die Erkenntnis werden, daß die Entwicklung nie still steht. Gewiß hat der Krieg und seine Nachwirkungen nicht nur die Aufwärtsbewegung gehemmt, sondern sogar einen Rückschlag gebracht, aber welche Bewegung, sei es eine politische oder wirtschaftliche, ist nicht durch äußere Anlässe gezwungen worden, zu verharren oder Umwege einzuschlagen? Wir alle, die wir uns unter dem Zeichen des Sozialismus zusammengefunden haben, verlieren nicht das Ziel, die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Auge, doch können wir uns der Erkenntnis nicht verschließen, zumal uns andere Staaten, siehe Rußland, die Erfahrung haben ersparen lassen, daß nur schrittweises Vordringen uns dem ersehnten Zustand näherbringen kann. Was haben wir noch in der jüngsten Zeit, als die deutsche Regierung durch die Umstände gezwungen, die Zwangswirtschaft auf manchen Gebieten zu erhalten suchte, erleben müssen! Wir haben den Boden schläge erhalten von denselben Leuten, die sich als gläubig, sich am radikalsten gebärdend zu stellen, weil sie noch nicht die Sozialisierung, die doch auch eine Art Zwangswirtschaft bedeutet, herbeigeführt ist. Sollen wir daraus die Lehre ziehen, uns von solchen Leuten schieben zu lassen, die demaus ein partielles Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge verraten haben? Ich denke nein! Es muß unsere Aufgabe sein, die Arbeiterklasse, ob es ihr nun angenehm in die Ohren klingt oder nicht, die lautere Wahrheit zu sagen. Es kann und darf nicht so sein, daß derjenige, der selbst nicht die nötige Auffassungsgabe besitzt, oder gar aus reiner Lust am Opponieren, wenn er nur über ein gutes Mundwerk verfügt, in der Lage ist, zielbewusste Arbeit zunichte machen oder doch erschweren kann. Wir müssen schon erkennen lernen, daß wir mit radikalen Redens-

arten keine Rage hinter dem Ofen hervorlocken. Die radikale Tat kann nur einreißend, nie aufbauend wirken. Aber auch der hartgesottenste Unternehmer wird nicht in der Lage sein, uns entgegenzutreten, wenn wir in unseren Reden und Handlungen ein solches Maß wirtschaftlicher Erkenntnis beibringen, daß die Öffentlichkeit unsere Partei zu ergreifen gezwungen ist. Wie liegen denn die Dinge heute? Die Theoretiker der Sozialisierung sind mehr oder weniger Prediger in der Wüste. Die Massen, denen sie ihre Gedanken nahebringen sollen, verstehen bestenfalls darunter die Verschiebung der Machtverhältnisse zu ihren Gunsten. Dieser ganz falschen Schlußfolgerung kann nicht genug widersprochen werden. Sozialisieren heißt vergesellschaftlichen, aber nicht die Herrschaft einer Klasse, in diesem Falle der Kapitalisten, durch die Herrschaft einer anderen, der Arbeiterklasse, zu ersetzen. Nein, die Allgemeinheit soll der die Wirtschaft bestimmende Faktor werden. Wer etwas anderes fordert, mißachtet den Sozialismus, d. h. alles, was für wir bisher gekämpft haben. Wohl aber dürfen wir nicht vergessen, daß nur wir, die Geistes- und Kopfarbeiter, es sind, welche die Bewegung vorwärts zu treiben haben, und keinesfalls können wir uns der Hoffnung hingeben, daß uns das Kapital auch nur einen Schritt entgegenkommen wird, nur unserer eigenen Kraft werden wir es zu danken haben, wenn der Kampf zum Erfolge geführt hat.

Mantel - Tarifvertrag

zwischen dem Verein Berliner Schilderfabrikanten, G. B., und dem Verband der Porzellanarbeiter, Zahlstelle Berlin-Charlottenburg, Abteilung Schriftmaler.

§ 1. Der Stundenlohn für ausgelernte Schriftmaler bis zu einem halben Jahre nach Beendigung der Lehrzeit liegt mindestens 25 Proz. und höchstens 40 Proz. unter dem Stundenlohn der Schriftmaler 1. Klasse; im zweiten Halbjahr nach Beendigung der Lehrzeit liegt der Stundenlohn 25 Proz. unter dem Stundenlohn der Schriftmaler 1. Klasse.

§ 2. Die Lohnzahlung erfolgt Freitags, spätestens am Schluß der Arbeitszeit. Die Arbeitswoche läuft von Freitag bis Donnerstagabend.

§ 3. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 46½ Stunde, Sonnabends 5¼ Stunde.

§ 4. Die Arbeitszeit beginnt um 7 Uhr morgens und endet um 4 Uhr nachmittags. Als Pausen gelten: Frühstückspause ¼ Stunde, Mittagspause ½ Stunde. Sonnabends fällt die Mittagspause fort.

§ 5. Ueberstunden sind zu vermeiden. In dringenden Fällen beträgt der Zuschlag 25 Proz.

§ 6. Für Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie Arbeit an Feiertagen tritt ein Zuschlag von 50 Proz. ein. Die Nachtarbeit beginnt um 10 Uhr abends und endet um 6 Uhr früh.

§ 7. Für Arbeiten außerhalb des Betriebes wird ein Zuschlag von 10 Proz. bezahlt. Wenn Maler in einer anderen Werkstatt, z. B. in einer Maler- oder Lackierwerkstatt arbeiten, so gilt diese Arbeit nicht als Außenarbeit.

Die Vergütung für Außenarbeiten außerhalb des Bezirks Groß-Berlin unterliegt der freien Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und der gesetzlichen Betriebsvertretung. Die Fahrzeit, sowie die auswärts verbrachten Sonntage werden mit dem üblichen Stundenlohn bezahlt. Fahrgeldvergütung erfolgt für die 4. Wagenklasse.

§ 8. Für Siebelarbeiten wird ein Zuschlag von 25 Proz. bezahlt. Unter Siebelarbeiten fallen auch Arbeiten an Fronten über dem 1. Stock.

§ 9. Schriftmaler, die mindestens ein Jahr bei der Firma tätig sind, haben Anspruch auf einen Urlaub unter Vorauszahlung des Lohnes. Der Urlaub beträgt nach einem Jahr 4 Arbeitstage, steigend mit jedem weiteren Tätigkeitsjahr um je einen Tag bis zu zwölf Arbeitstagen. Der Urlaub ist nicht mit Geld ablösbar. Stichtag 1. Mai.

§ 10. Schriftmaler, die sechs Monate im Betrieb tätig sind und entlassen werden, haben Anspruch auf 2 Urlaubstage. Der Arbeitnehmer soll den Arbeitgeber vor der Entlassung auf den ihm gemäß diesem Tarifvertrage zustehenden Urlaub aufmerksam machen.

§ 11. Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis sind vom Unternehmer mit dem Vertrauensmann des Betriebes und, falls eine Einigung nicht erzielt wird, unter Hinzuziehung je eines Vertreters des Vereins Berliner Schilderfabrikanten und des Verbandes der Porzellanarbeiter zu regeln. Findet auch dann eine Einigung nicht statt, so soll innerhalb kürzester Frist die paritätische Schlichtungskommission (Tarifkommission) sich mit der Angelegenheit befassen. Kann auch die Schlichtungskommission den Streit-

fall nicht schlichten, so ist der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin anzurufen.

§ 12. Der Manteltarifvertrag läuft vom 1. Mai 1922 bis zum 30. April 1923 und verlängert sich stets um ein halbes Jahr, wenn er nicht einen Monat vor Ablauf des Vertrages schriftlich gekündigt wird.

Die Lohnsätze unterliegen einer besonderen Vereinbarung.

Berlin, den 24. Mai 1922.

Verein Berliner Schilderfabrikanten, G. V.

Verband der Porzellanarbeiter, Zahlstelle Berlin-Charlottenburg, Abteilung Schriftmaler.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Rückgang der Weltmarktkrise. — Stellung der deutschen Industrie unter den Konkurrenzbrüdern. — Die Finanzkrise in Oesterreich. — Deutsche Farbstoffwerke in Annäherung zu ausländischen Unternehmungen. — Ueberfluß an Kartoffeln, Mangel an Zucker.

Die Krise auf dem Weltmarkt läßt einige Anzeichen des Rückganges erkennen. In den hauptsächlichsten Industrie- und Handelsstaaten, die am schwersten von der Krise heimgesucht wurden, ist auf den wichtigsten Produktionsgebieten und dem Außenhandel eine, wenn auch vorläufig nur schwache Belebung bemerkbar. Vergleicht man die Einfuhrziffer vom Januar d. J. mit den Aprilergebnissen, so weist England zwar keine Zunahme der Ausfuhr, wohl aber eine Belebung des Innenmarktes auf; seine Ausfuhrziffer hat sich, von einigen Schwankungen abgesehen, auf gleicher Höhe gehalten. Die Vereinigten Staaten haben dagegen eine Zunahme der Ausfuhr von 279 Millionen Dollar im Januar auf 321 Millionen Dollar im April erreicht. Frankreich ist in demselben Zeitraum von 1,64 Milliarden auf 1,96 Milliarden gegangen. Die Zunahme der deutschen Ausfuhr von 11,24 Milliarden auf 22,449 Milliarden Mark bedeutet weniger eine Zunahme in der Warenmenge, als eine Vermehrung durch den sinkenden Marktwert.

Beachtlich ist, daß in England die Arbeitslosenziffer von ungefähr 2 Millionen auf rund 1,400,000 zurückgegangen ist. In der Roheisenerzeugung ist die Produktion von 288,000 Tonnen im April auf 394,300 Tonnen gestiegen. Auch Amerika zeigt eine Zunahme in der Roheisenproduktion von Januar bis April von 1,645,000 Tonnen auf 2,072,000 Tonnen. Amerika hat damit die Produktion von 1913 bis zu 88 Proz. erreicht. In Belgien sind von den 54 Hochöfen im April 22 im Betrieb gewesen, während im Dezember v. J. nur 14 in Tätigkeit waren. Die Eisenproduktion ist von Januar mit 94,210 Tonnen im April auf 113,820 Tonnen gestiegen.

Sowohl in England wie in Amerika haben große Streiks eingesetzt gegen die Herabsetzung der Löhne. In England ist besonders die Metallindustrie durch schwere Kämpfe heimgesucht worden, während in Amerika der Streik der Bergleute lange andauerte und sich gegen die Senkung der Löhne zur Wehr setzte.

In Deutschland haben wir leider fortgesetzt eine Erhöhung der Preise auf allen Gebieten, während das Ausland im wesentlichen die Preislage halten konnte. Wir haben in Deutschland eine sehr geringe Arbeitslosenziffer; trotzdem war unsere Produktion nicht auf der Höhe, da von unseren 248 Hochöfen nur 150 in Betrieb waren. Die Roheisenproduktion konnte den eigenen Bedarf im Lande nicht decken, man mußte sogar zur Einfuhr von Roheisen übergehen. In den Monaten April und Mai wurden 16,628 Tonnen Roheisen eingeführt, daneben an Stabeisen, Formeisen, Schienen und Halbzeug 8813 Tonnen. Natürlich wären die Gütenwerte in der Lage gewesen, diesen Bedarf zu decken, wenn nicht in Ermangelung der Rohstofflieferung die Betriebe zur Einschränkung gezwungen wären. Die Nichtausnutzung der Konjunktur ist aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen im hohen Maße zu beklagen, denn es kann nicht oft genug betont werden, daß wir mit Rücksicht auf unsere Gesamtlage alles vermeiden müssen, was geeignet ist, uns in eine größere Abhängigkeit vom Ausland zu bringen.

Wieweit die deutsche Industrie bei einem großen Wiederaufkommen der konkurrenzfähigen Industriestaaten auf dem Auslandsmarkt in Bedrängnis kommt, läßt sich mit Sicherheit gegenwärtig nicht feststellen. Man wird gut tun, die Klagen, die jetzt schon einsehen, als wenn die Industrie nicht mehr die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland besäße, mit aller Vorsicht zu bewerten. Die Valutadifferenz ist so hoch, die Löhne in Deutschland sind gegenüber dem Ausland so niedrig, daß die deutsche Industrie sich nicht in ungünstiger Position befindet. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß bei dem Vergleiche der Preislage im Inland zu der des Auslandes die Schutzollbeträge in Ansatz gebracht werden müssen, die das Ausland gegen die Einfuhr deutscher Waren erhebt. Man hat die Entwicklung zur Weltmarktkrise so schnell betrieben, daß das Ausland mit seinen Zollbeträgen nicht in allen Fällen im gleichen Tempo nach-

gekommen ist. Jede Abwärtsbewegung der Preise muß natürlich diesen Zollschub stärker in die Erscheinung treten lassen.

Unter einer schweren Finanzkrise ist Oesterreich mit seiner Währung an den Rand des Abgrundes gekommen. Im November vorigen Jahres hielt sich der Kursstand von 100 österreichischen Kronen noch auf 8 Mk. Er ist gegenwärtig auf 0,70 Mk. gesunken. Die Wirkung auf den Lebensmittelmarkt ist geradezu katastrophal. Um nur einige Beispiele anzuführen: Es kostet ein Brot im Gewicht von 1260 Gramm 1000 Kronen, ein Kilogramm Kalbfleisch 4800 bis 6800 Kronen, eine Fahrt auf der Straßenbahn 150 Kronen. Die vorübergehende Unterstützungsaktion durch englisch-tschechoslowakische Banken ist in ihrer Wirkung längst verpufft, und es wird aufs neue versucht, ob nicht durch eine größere Anleihe die furchtbare Zerrüttung der österreichischen Finanzen aufgehalten werden kann. Auch an Deutschland sind solche Anforderungen der Hilfeleistung gestellt, die aber, wenn man objektiv der Sache gegenüber steht, wohl kaum eine Aussicht auf Verwirklichung haben. Der Genosse Bauer in Oesterreich hat den Vorschlag gemacht, wir sollten Oesterreich in die deutsche Währung mit einschließen. Bei dieser Manipulation müßte der hohe Betrag von Kronen zu einem festen Kurs gegen Mark umgewechselt werden. Die Folge wäre für uns, daß wir unsere Notenpresse in Tätigkeit setzen müßten, um diesen Betrag österreichischer Kronen aufzunehmen. Wir kämen damit zu einer Erhöhung unserer schwebenden Schuld, die fortgesetzt sich steigern müßte infolge der laufenden Ansprüche, die Oesterreich dann geltend machen muß. Unausbleiblich wäre damit ein weiteres Sinken der Kaufkraft der Mark, dem wiederum eine weitere Preissteigerung aller Bedarfsartikel folgen würde. So sehr wir aus innerem Empfinden bemüht sein möchten, Oesterreich zu helfen, sind wir selbst zu schwach, um die nötige Stütze bieten zu können. Dazu kommt, daß die künftige Entwicklung in Oesterreich viel ungünstiger aussieht als in Deutschland. Das ist das Verbrechen, das die Entente an Oesterreich begangen hat, daß sie dieses Land von seiner wirtschaftlichen Lebensbedingung losgerissen hat. Dieses Land braucht ständig einen erheblichen Zuschuß an Lebensmitteln aus dem Ausland und bietet auch für die Zukunft keine Möglichkeit, seine Bevölkerung aus eigenem zu ernähren. Für die industrielle Entwicklung besteht keine günstige Bedingung; es fehlen in dem Lande die wichtigsten Rohstoffe, die der Großindustrie die Entwicklungsmöglichkeit geben. Immerhin, bei einer normalen wirtschaftlichen Lage würde der Anschluß Oesterreichs das einzig Gegebene sein, um zu einer gesunden Entwicklung zu kommen. Die Verbindung mit der deutschen Industrie und dem deutschen Handel würde Oesterreich wieder zu einem Aufstieg kommen und einen starken Rückhalt an Deutschland finden lassen. Die Voraussetzung dafür ist, daß Deutschland selbst die Kraft besitzt, um einen Schwerleidenden die nötige Hilfe zu bringen. Das ist leider gegenwärtig nicht der Fall. So ist Oesterreich in eine Finanz- und Wirtschaftslage hineingetrieben, die geradezu verzweiflungsvoll ist und aus der eine Rettung schwer erkennbar ist.

In der deutschen Handelspresse sind in letzter Zeit vielfach Berichte erschienen, die darauf hindeuten, daß von der chemischen Industrie eine internationale Annäherung geplant wird. Wie bekannt, ist während des Krieges im Ausland, besonders in England und Amerika, eine Farbstoffindustrie entstanden, die versucht, die deutsche Konkurrenz auszuschalten und die Monopolstellung, die die deutsche Farbstoffindustrie auf dem Weltmarkt inne hatte, zu erschüttern. Gegenwärtig ist die Ausfuhr von deutschen Farben sehr zurückgegangen. Die Konkurrenz im Ausland macht sich bemerkbar, und wenn auch die Güte des Produktes noch zu wünschen übrig läßt, so wird doch für den minder anspruchsvollen Bedarf die Auslandsproduktion eine Befriedigung bieten. Worauf diese internationale Verständigung hinausgehen will, ist vorläufig nicht klar ersichtlich. Sollte es zu einer engen Fusion kommen in der Weise, daß man deutsches Kapital an diesen Unternehmungen interessiert, so müßte natürlich diese Produktion im Ausland auch vom deutschen Kapitalisten gefördert werden und, wie so oft, dabei darüber hinweggegangen werden, daß die heimische Industrie in ihrer Monopolstellung, die sie zum Teil heute noch inne hat, geschädigt wird.

Auf dem Lebensmittelmarkt zeigt sich unter der freien Konkurrenz wieder eine recht eigenartige Entwicklung. Als die Kartoffelversorgung freigegeben wurde, behaupteten die Interessenten des Handels und der Landwirtschaft, die Versorgung der Bevölkerung würde unter dem freien Handel in der glänzendsten Weise gelöst werden. Daß es in diesem Jahre nicht der Fall war, braucht nicht besonders betont zu werden. Aber bezeichnend für den Egoismus in der Landwirtschaft ist, daß gegenwärtig ein Kartoffelüberfluß vorhanden ist, der nur so erklärt werden kann, daß man ohne Not die Abgabe von Kartoffeln zurückgehalten hat in der Hoffnung, daß die Preise noch weiter in die Höhe gehen werden.

Auf dem Zuckermarkt dieselbe Erscheinung: Ungemügende und schlechtere Belieferung als unter der Zwangswirtschaft. Preissteige-

Bibliothek-Leser!

Berlin. Es hat sich bisher trotz wiederholter Mahnungen nichts daran geändert, daß eine große Anzahl Leser die vorgeschriebene Entleihszeit (4 Wochen) überschreitet, ohne Verlängerung zu wünschen. Wie es scheint, werden die Bücher entliehen, gelesen und dann zu Hause einfach in die Ecke gelegt, ohne Rücksicht auf die übrigen Kollegen, die auch gerne ein gutes Buch lesen und pünktlicher im Abgeben sind. Die Kontrollliste weist zurzeit eine große Anzahl Kollegen auf, die Bücher bis zu einem halben Jahre in Händen haben. Das darf es für die Zukunft nicht mehr geben.

Alle Kollegen, die Bücher aus der Berliner Bibliothek über Wochen in Händen haben, werden hiermit aufgefordert, die Bücher sofort nach Erscheinen dieser Notiz im Bureau abzugeben.

Sollte diese erneute Mahnung nicht fruchten, so wird die Verwaltung Mittel finden, um säumigen Kollegen den Weg zu zeigen.
Die Verwaltung.

Aufruf!

Unser Kollege Johann Bannach ist seit Anfang 1921 krank und arbeitsunfähig. Wir haben ihn bereits mehrfach unterstützt, bitten nun aber die übrigen Zahlstellen, uns hierin behilflich zu sein. Der Kollege Bannach ist seit 1918 organisiert. Geldsendungen sind zu richten an unseren Kassierer Anton Schlenzig, Großdubrau bei Wauken, Nr. 16c (Zahlstelle Margarethenhütte). Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Aufruf!

Unser Mitglied Richard Krüger ist schon seit September vorigen Jahres krank und erwerbsunfähig. Aussicht auf Heilung seiner Krankheit ist vorläufig nicht vorhanden. R. ist seit 1918 organisiert; die Zahlstelle hat bereits ihr Möglichstes getan, seine Not zu lindern. Wir wenden uns nun an die Kollegen der anderen Zahlstellen mit der Bitte, uns dabei zu unterstützen. Quittung erfolgt in der „Ameise“. Geldsendungen sind zu richten an den Kassierer Hermann Giesche, Rheinsberg, Karlstraße 1.

Aufruf!

Unser Kollege Louis Kaul, Dreher, organisiert seit 1911, ist seit 18 Monaten erwerbsunfähig. Da er teilweise gelähmt ist, kann er seiner Arbeit nachgehen und lebt nur von einer geringen Rente. Seine Frau ist ebenfalls invalid, und er befindet sich daher in einer verzweifelten Lage. Unsere Zahlstelle hat ihn schon nach Möglichkeit unterstützt, wir bitten aber die anderen Zahlstellen, auch etwas dazu beizutragen, damit der Kollege Kaul einmal etwas kräftiger unterstützt wird. Gelder sind zu senden an den Kassierer Joh. Hofmann, Annaburg, Bez. Halle, Adlerstr. 16. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Aufruf!

Unser Kollege Leonhard Drebelz, organisiert seit 1919, ist schon lange Zeit schwer krank. Er leidet seit 1920 an Lungentuberkulose und steht im Alter von 51 Jahren. Da Kollege Drebelz in allen Rassen ausgezehrt ist, hat ihn unsere Zahlstelle bisher nach besten Kräften unterstützt. Wir sind aber nur eine kleine Zahlstelle und müssen uns nun an die anderen Zahlstellen um Hilfe wenden. Quittung erfolgt in der „Ameise“. Gelder sind zu senden an Paul Heesen, Düsseldorf, Gerresheimer Str. 82.

Quittung.

Gemäß der Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 21 der „Ameise“ betreffs des zu leistenden Extrabeitrages für die Metallarbeiter, sind in der Zeit vom 16. bis einschließlich 29. Juni nachfolgende Beträge eingegangen von:

Althaldensleben 4310,—; Annaburg 2056,—; Auma 1486,—; Blankenhain 961,—; Breslau 1590,—; Düsseldorf 140,—; Eisenach 20,—; Eisenberg 2335,—; Elmshorn 878,—; Farge 542,—; Frankfurt a. O. 1331,—; Grünhain 165,—; Jecha 1038,—; Karlsruhe 265,—; Königszelt 3179,—; Kronach 3287,—; Mäbendorf 439,—; Mainles 160,—; Marktredwitz 3111,—; Mitterteich 1327,—; Moschen- dorf 859,—; München-Glabach 144,—; Rössen 60,—; Offenburg 25,—; Ohrdruf 3700,—; Plaue 1252,—; Schleusingen 239,—; Schmiedeberg 264,—; Schwarzenberg 39,—; Selb 3. Kate 2294,—; Sophienau 1339,—; Sophienthal 380,—; Sorau 889,—; Spandau 456,—; Teltow 1222,—; Tiefenfurt 1746,—; Tillowitz 1360,—; Triptis 1102,—; Untertöbich 175,—; Wohenstrauß 610,—; Worbamm 1218,—; Wall- hain 519,—; Wesel 322,—; Zwickau 1281.—**Mt. Zusammen 53 215,—**
Mt. bereits quittiert 92 234 Mt., in Summa 145 449 Mt.

Quittung.

Für unseren kranken Kollegen Brämer gingen folgende Beträge ein: Grünstadt 20,—; Elmshorn 50,—; Althaldensleben 25,—; Kottenbach 20,—; Euhl 20,—; Wittenberg 50,—; Neuhaus 15,—; Stadtilm 10,—; Freital 20,—; Schirnding 25,—; Bassen 10,—; Markt- reuthen 20,—; Goldlauter 20,—; Dölan 10,—; Tiefenfurt 20,—; Annaburg 20,—; Teltow 40,—; Königszelt 30,—; Walderhof 15,—; Frankfurt 20,—; Gerabstetten 20,—; Oberlohau 15,—; Koburg 25,—; Reufelwitz 20,—; Berlin 30,—; Sorau 10,—; Hausen 20,—; Ravens- hein 10,—; Schweidnitz 15,—; Marktredwitz 20,—; Fraureuth 25,—; Selb 100,—; Osterwerda 20,—; Koblau 25,—; Mümmenau 10,—; Rannheim 10,—; Mäbendorf 20,—; Blankenhammer 15,—; Bor- denau 10,—; Magdeburg 15,—; Rottenbach 10,—; Walzenburg 20,—; Schnei 10,—; Schönwald 20,—; Walsassen 20,—; Wohenstrauß 15,—; Berg 25,—; Argau 10,—; Auma 25,—; Ludwigsburg 20,—; Kahla 20,—; Golditz 20,—; Hermshorn, S.-A., 50,—; Reichenbach 20.—**Mt.**
in Summa: 1190.— Mt. Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern besten Dank.
Zahlstelle Belten. J. A.: G. Baruhn.

Quittung.

Für den kranken Kollegen Franz Walter gingen noch folgende Beträge ein: Hermshorn 50,—; Reichenbach 20.—**Mt.** Bereits quitti- tiert 1410,—**Mt.**, in Summa 1480,—**Mt.** Die Sammlung ist ge- schlossen. Allen Gebern besten Dank.

Für die Zahlstelle Elmshorn: Karl Henseler, Kassierer.

Stanowitz.

Nichtigstellung. In der in Nr. 24 der „Ameise“ veröffentlichten Quittung über die für unser krankes Mitglied Paul Kottwitz muß es heißen: von der Zahlstelle Hermshorn 50,—; Zahlstelle Reichenbach 20.—**Mt.** Der in beiden Fällen gemachte Vermerk „Zahlstelle der Holzarbeiter“ ist nicht richtig.

Quittung. Nachträglich gingen noch ein: von Stadtilm 10,—**Markt**; bereits quittiert über 1225,—**Mt.**, ergibt in Summa: 1235,—**Mt.**
L h a m m, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Flörsheim. Vorsitzender: Heinrich Trimborn, Gießer, Hoch- heim am Main. Kassierer: Heinrich Jms, Gießer, Rüsselheim a. M., Engelhardtstr. 11.

Laasdorf. Vorsitzender: Andreas Klement, Maler.
Teltow. Schriftführer Hans Müller, Modellneur, Hamburger Platz 1.

Zwickau. Vorsitzender: Max Köhner, Dreher, Cainsdorf, Berg- straße 22.

Bersammlungs-Anzeigen.

Althaldensleben. Montag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, bei Peters.

Berlin-Charlottenburg. Zahlstellenversammlung: Mittwoch, den 19. Juli, im Speisesaal der Staatl. Porzellanmanufaktur, am Bahn- hof Tiergarten, Wegelstraße. Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung.

Spandau. Montag, den 10. Juli, nachmittags 4 Uhr, bei Wind, Bickelsdorfer Str. 5. Wegen Revision der Bibliothek sind alle Bücher reiflos abzugeben.

Sterbetafel.

Annaburg. Wilhelm Wenzel, Muffelbrenner, geboren am 19. Oktober 1882, gestorben am 17. Juni 1922 an Lungen- entzündung. Mitglied seit 1919.

Fraureuth. Georg Erhardt, geboren am 28. Okto- ber 1855, gestorben am 15. Juni an Schlaganfall. Mitglied seit 1919.

Dresden (Mitgliedschaft Meissen). Margarete Schilling, Schleiferin, geboren am 20. Februar 1862, ge- storben am 27. April an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Duisdorf. Gertrud Hensler, Malerin, geboren am 17. Juni 1903, gestorben am 22. Juni 1922 an Lungentuber- kulose. Mitglied seit 1920.

Eisenberg. Carl Hübel, Dreher, geboren am 2. Sep- tember 1857, gestorben am 13. Juni an Lungenleiden. Mitglied seit 1885.

— Hedwig Bock, Gießerin, geboren am 28. Februar 1901, gestorben am 14. Juni an Rippenfellentzündung. Mit- glied seit 1920.

Margarethenhütte. Anna Sidor, Glasiererin, geboren am 27. Oktober 1871, gestorben am 16. Mai an Lungenleiden. Mitglied seit 1918.

— Marie Böhme, Raderin, geboren am 4. Juni 1880 in Groß-Dubrau, gestorben am 11. Mai an Krebsleiden. Mit- glied seit 1918.

Koblau. Robert Mau, Kapseldreher, geboren am 6. April 1861 in Socklawo, gestorben am 24. Juni 1922 an Lungenbluten. Mitglied seit 1905.

Scheibe. Julius Rauch, Former, geboren am 3. April 1875, gestorben am 16. Juni an Herzschlag. Mitglied seit 1911.

Schönwald. Anna Lippert, Garniererin, geboren am 23. Dezember 1899 in Neuern, gestorben am 30. April an Ent- bindungsfolgen. Mitglied seit 1918.

Selb. Adam Dunkel, Sortierer, geboren am 3. No- vember 1855 in Schönwald, gestorben am 15. Juni an Magen- leiden. Mitglied seit 1918.

Tettau. Friedrich Starch, Messmüller, geboren am 20. Mai 1870 in Neuenbau, gestorben am 2. Mai 1922. Mit- glied seit 1919.

Tiefenfurt. Martha Weny, Schleiferin, geboren am 3. Dezember 1881 in Bunzlau, gestorben am 14. Juni an Unterleibsoperation. Mitglied seit 1919.

Tillowitz. Anna Gabriel, Gießerin, geboren am 23. September 1874, gestorben am 9. Juni an Krebs. Mitglied seit 1918.

Uhlstädt. Carl John, Brenner, geboren am 23. Januar 1866, gestorben am 14. Juni an Blutarmut. Mitglied seit 1919.

— Osia Lange, Messerträger, geboren am 7. Oktober 1886, gestorben am 10. Mai an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.

Walzenburg. Berichtigung. In der in Nr. 25 der „Ameise“ an dieser Stelle gebrauchten Mitteilung muß es heißen: August Rischner und nicht Rischner.

Walsassen. Maria Kobraz, Puzerin, geboren am 22. Februar 1864 in Furth a. W., gestorben am 2. Juni an Bronchialasthma. Mitglied seit 1919.

Chreihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Einige tüchtige Dreher für unsere Isolatorenabteilung werden eingestellt. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. S. Schomburg & Söhne, Akt.-Ges., Porzellanfabrik, Hohlau i. Anhalt.

Ein tüchtiger Formgießer, der auch im Einrichten bewandert ist, wird gesucht. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. S. Schomburg & Söhne, Akt.-Ges., Porzellanfabrik, Hohlau i. Anhalt.

Einige jüngere ledige Unterglasurmalere für Freihandmalerei und Schablonenarbeit gesucht. Angebote erbeten an Schramberger Majolikafabrik, G. m. b. H., Schramberg i. Württbg.

Einige perfekte Dreher für Schalen und Becher stellen noch ein C. & E. Carstens, Sorau (M.-L.).

Ich suche zum sofortigen Eintritt zwei jüngere Maler. Freihandmalerei ist mit erforderlich. Hermann Peter, Porzellanmalerei, Reichenbach (S.-M.).

Tüchtige Maler, möglichst auch Strichzieher, gesucht. Johann Breitenstein, G. m. b. H. Fabrik für feine dekorative Lackierwaren, Emmerich a. Rhein.

Geübte Stahlstichkantendruckerin sucht Carl Moritz, Porzellanfabrik, Taubendorf, Post Wallendorf (S.-M.).

Tüchtige Figuristen für weltliche Figuren in Gips stellen ein Romolo Carli & Sohn, Figurenfabrik plastischer Kunstwerke, Kassel.

Gelernter Gießer auf sanitäre Spielwaren, mit dem modernsten Gießverfahren betraut, der auch die gesamte Formerei dieser Branche beherrscht (auch Feuerion), sucht baldmöglichst anderweitig gut passende Stellung in dieser Branche. Zuschrift an die Redaktion der „Ameise“ unter G. R. erbeten.

Junge Mädchen für die Malerei sucht Porzellanfabrik Carl Moritz, Taubendorf, Post Wallendorf, S.-M.

Fabrik in Rheinland sucht zwei unverheiratete Eindreher für Galgen. Angebote unter A. 16 an die Geschäftsstelle der „Ameise“.

Modelleinrichter, der sich auch als Obergießer eignen würde, für sofort gesucht. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Zuschriften an Otto Blume, Strehla a. d. Elbe i. Sachsen, Badergasse 195.

Maler, ledig, 25 Jahre, tüchtig und perfekt in allen vorkommenden Arbeiten der Malerei, wie Auf- und Unterglasur, sowie Entwerfen von Mustern und Brennen der Muffel, sucht seine Stellung als Obermaler oder dergl. im In- oder Auslande zu verbessern. Zuschriften an die Redaktion der „Ameise“ unter „A. 18“ erbeten.

Kapseldreher, Geschirrdreher mit Angabe, wo überall tätig gewesen, gesucht. Offerten an die Geschäftsstelle der „Ameise“ unter „A. 17“ erbeten.

Einige perfekte Gießer für Kannen und Tafelgeschirr stellen noch ein C. & E. Carstens, Porzellanfabrik, Sorau, M.-L.

Tüchtige Dreher für dünne Becher auf Schubstabe sucht gegen gute Bezahlung Meißner Eisen- und Porzellanfabrik (vorm. C. Teichert), Meissen.

Ordentlicher, tüchtiger, möglichst lediger Kapseldreher, welcher mit Hand und auf Maschine formen kann, für Steingutfabrik Mitteldeutschlands gesucht. Angebote unter „A. 19“ a. d. Geschäftsstelle d. „Ameise“ erbeten.

Gesucht von einer größeren Steingutfabrik Norddeutschlands zum sofortigen Antritt einige Tellerdreher, möglichst unverheiratet. Angebote unt. „A. 20“ an d. Geschäftsstelle d. „Ameise“ erbeten.

Unterglasurmalere (verheiratet), perfekt in Schablonenschneiden, Spritzarbeiten und mit allen vorkommenden Arbeiten der Unterglasur vertraut, sucht sich baldmöglichst zu verändern. Wohnung erwünscht. Zuschriften an die Redakt. der „Ameise“ unter „A. 21“ erbeten.

Tüchtiger Porzellanmalere kann sofort bei uns eintreten. Schützmeister & Drenth, Gotha.

Geschickte Arbeiter für dünne Tassen stellt noch ein C. & E. Carstens, Porzellanfabrik, Sorau.

Zufügung eines Dreher auf Blatt gesucht. Lediger wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Porzellanfabrik Ralf, Eisenberg, Thür.

Gelernter Porzellanfleischer, flotter, sauberer Arbeiter, sucht Stellung. Familienwohnung erwünscht. Angebot unter „A. 2“ an die Redaktion der „Ameise“.

Einige tüchtige ledige Strichzieher und Händerer sofort gesucht. Johann Breitenstein, G. m. b. H., Blech- und Lackierwarenfabrik, Emmerich a. Rhein.

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme, Eisenberg, S.-M. Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere und sämtliche goldhaltige Sachen. — Ältestes Geschäft dieser Art. — Streng reelle und pünktliche Bedienung. — Zahle z. B.: Für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, je nach Gehalt, bis 1.— Mk. p. Stück, für leere Poliergoldflaschen mit Stöpsel, je nach Gehalt, bis 1,50 Mk. p. Stück, für Poliergoldflasche, je nach Goldprozentgehalt, bis 100.— Mk. p. Gramm, für Glanzgoldflasche, je nach Goldprozentgehalt, bis 85.— Mk. p. Gramm, für Glanzgold, Goldlappen, Schmiere usw. zum Einschmelzen die höchsten Tagespreise. — Prospekt wird auf Wunsch kostenfrei zugesandt.

Poliergoldflasche 75.— Mk. à Gramm. — Glanzgoldflasche 55.— Mk. à Gramm. — Ausgebr. Gold, Abfälle kauft zu den höchsten Tagespreisen. A. Geier, Goldarbeiter, Selb.

Kaufe ständig Goldschmiere, goldhaltige Asche, Lappen usw. zu höchsten Tagespreisen und sofortiger Kasse. Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa., Werbauer Str. 25.

Hört — leset — staunet über die hohen Preise, die ich für Goldschmiere, -Asche, -Lappen und -Flaschen zahle. Z. B. für Glanzgoldflaschen 30 bis 40 Pf. mit Stöpsel, Poliergoldflaschen mit Stöpsel 40 bis 70 Pf., je nach Gehalt. Alle Sendungen werden sofort erledigt. Kurt Rottmann, Stadtilm i. Thür., Bahnhofstr. 1.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Winkel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen. Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen. Emil Theimer, Langewiesen b. Ilm., Thür.

CHRISTOPH SACK
SCHWARZENBACH A. D. SAALE
Import und Export von Schwämmen
speziell für die keramische Industrie.
Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17



Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Winkel — Flaschen — Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft. M. Köhler, Dresden-M., Gerichtstr. 8, II. Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Gold, Platin und Silberabfälle aller Art

Gegr. 1896. Beste Bedien. Freisheit



Seifert, Zwickau i. S., Osterweibstr. 32.

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Asche — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold, kauft stets zu höchsten Tagespreisen. Christoph Geier, Hochtädt b. Thiersheim, Oberfranken.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Winkel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel 30—50 Pf., für leere Poliergoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gramm, 50—100 Pf., je nach Inhalt. Bei den hohen Postgebühren will ich es meiner werten Kundschaft ermöglichen, mir die Treue zu wahren, indem ich derselben die Gebühren zurückerstatte. Eine weitere Berücksichtigung erbittet. A. Langhammer, Willkau b. Zwickau, Sachsen.

Offerierte hierdurch noch zu Uebergangspreisen für Dreher: Prima Benghasi-Bismocasschwämme, das Stück zu 20, 30, 40, 60, 80 Mark und höher; Levantiner, Glasur- und Garnierungsschwämme von 6 bis 100 Mk. pro Stück; echte Elefantenoehren, das Kilo 5000 Mk.; feine weiche, mittlere und große Reeschwämme, das Kilo 600 und 900 Mk.; handgroße Hardheadschwämme, mittlere Qualität für Steingut und Gießerei, das Kilo (zirka 30 Stück enthaltend) 600 Mark; griechische Biereschwämme, von 5 bis 100 Mk. pro Stück. Versand nur in geschlossenen kleineren und größeren Kisten. S. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin G. 5, Prenzlauerstraße 42.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Albin Karl, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von E. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 20.